

EU-WAHL – DIE PARTEIEN UND IHRE KANDIDATEN/INNEN

 <p>SPÖ EUGEN FREUND Quereinsteiger (ehemaliger ORF-Moderator).</p>	 <p>ÖVP OTHMAR KARAS Seit 2012 Vizepräsident des EU-Parlaments.</p>	 <p>FPÖ ANDREAS MÖLZER Seit 2004 EU-Abgeordneter.</p>	 <p>GRÜNE ULRIKE LUNACEK Seit 2009 EU-Abgeordnete.</p>	 <p>NEOS + LIBERALES FORUM ANGELIKA MLINAR Langjährige LIF-Bundessprecherin, seit 2013 im Nationalrat.</p>	 <p>REKOS (Die Reformkonservativen) EWALD STADLER Seit 2011 im EU-Parlament als „Wilder“, vorher für das BZÖ.</p>	 <p>EUROPA ANDERS (KPÖ, Piraten + der Wandel) MARTIN EHRENSHAUSER Seit 2009 im EU-Parlament, zuletzt als „Wilder“, vorher Liste Martin.</p>	 <p>BZÖ ULRIKE HAIDER-QUERCIA Quereinsteigerin, Juristin, Tochter von Jörg Haider.</p>	 <p>LISTE MARTIN HANS PETER MARTIN Seit 1999 im EU-Parlament, zuerst für die SPÖ, dann als Parteifreier.</p>	 <p>EU-STOP (EU-Austrittspartei) ROBERT MARSCHALL RUDOLF POMAROLI</p>
--	--	--	---	--	--	--	---	---	---

DIE EU-WAHL steht schon in neuneinhalb Wochen ins Haus, die Parteien rüsten für einen beinhalten Wahlkampf. Die KandidatInnen stehen fest, mit dem Unterschriftensammeln wurde auch schon begonnen. Grafik: SF

EU-Wahl: Zehn Parteien in den Startlöchern

Neue und kleine Parteien treten an, mit dem Unterschriftensammeln wurde bereits begonnen, Deadline für die Einreichung der Kandidatur ist am 11. April.

Die nächste Wahl steht bereits in neuneinhalb Wochen an, die EU-Wahl am 25. Mai. Die Parteien sind schon in den Startlöchern, neun oder zehn Listen treten an, so viele wie noch nie. Neben ÖVP, SPÖ, FPÖ und den Grünen sind es fünf oder sechs kleine und neue Parteien, die ins EU-Parlament wollen.

Zwei neue Parteien haben die Kandidatur bereits eingereicht: Die Neos, die mit dem LIF (Liberales Forum) antreten, und die Rekos, die Reformkonservativen. Spitzenkandidatin der Neos ist die langjährige LIF-Chefin Angelika Mlinar, die mit Aussagen wie „Russland in die EU“, bereits für Aufsehen sorgte. Im EU-Parlament wollen sich die Neos der liberalen Fraktion ALDE anschließen. Mit der Neos-Kandidatur wird

den Liberalen in Österreich auf die Sprünge geholfen, wie das von den Liberalen schon seit Längerem forciert wird.

Spitzenkandidat der Rekos ist Ewald Stadler, der nun mit einer eigenen Liste antritt, nachdem er im BZÖ, das sich nach dem Wahldebakel bei der Nationalratswahl neu aufstellte, nicht mehr vorgesehen war. Er übernahm 2011 das BZÖ-EU-Mandat und war zuletzt als „wilder“ Abgeordneter im EU-Parlament. An Bord der Rekos ist auch die CPÖ (Christliche Partei Österreich).

Einige sind schon am Unterschriftensammeln

Mit dem Unterschriftensammeln wurde auch bereits begonnen.

Am Sammeln ist die EU-Austrittspartei „EU-Stop“, die neu antritt. An der Spitze stehen Rudolf Pomaroli aus Innsbruck und Robert Marschall aus Wien. In Tirol und in Wien sei es gut angelaufen, sagt Rudolf Pomaroli. Die EU-Austrittspartei ist zuversichtlich, die 2.600 Unterschriften zu schaffen.

Das mühevoll Unterschriftensammeln ersparen kann sich die Liste „Europa anders“, ein Wahlbündnis von KPÖ, „der Wandel“ und den Piraten. Spitzenkandidat ist Martin Ehrenhauser. Er ist über die Liste von Hans Peter Martin ins EU-Parlament gekommen ist, hat sich mit Martin aber überworf und machte als wilder EU-Abgeordneter weiter. Seine Unterschrift sichert dem linken Wahlbündnis die Kandidatur, Sammeln will das neue Wahlbündnis trotzdem.

BZÖ mit Haider-Tochter

Das BZÖ, das bei der Nationalratswahl 2013 aus dem Parlament flog, setzt bei der EU-Wahl auf die immer noch vorhandenen Haider-Wähler: Ulrike Haider-Quercia, Tochter des

am 11. Oktober 2008 tödlich verunglückten Jörg Haider, ist Spitzenkandidatin des BZÖ. Mit der Haider-Tochter als Zugpferd, will das von Jörg Haider gegründete BZÖ zeigen, dass es noch nicht tot ist.

Interessant wird, ob auch Hans Peter Martin wieder in den Ring steigt. Bisher hat sich der Einzelkämpfer, dem seine Mitstreiter abhanden kamen, nicht festgelegt. Bis 11. April ist noch Zeit – bis dahin müssen die Listen eingereicht sein.

Harter Kampf um Platz 1

Bei den etablierten Parteien wird spannend, wer die Nummer 1 wird. Bisher war es die ÖVP, die mit Othmar Karas als Spitzenkandidat antritt. Die SPÖ, bisher die Nummer 2, lässt sich erneut auf einen Quereinsteiger ein: Auf den pensionierten ORF-Journalisten Eugen Freund. Die SPÖ ging bereits einmal mit einem Quereinsteiger ins Rennen: Bei der EU-Wahl 1999 – damals war es Hans Peter Martin, der sich aus der Fraktion der Sozialdemokraten aber kurze Zeit später verabschiedete. Die FPÖ, die mit Straches Ansage,

Erster werden zu wollen, aufhören lässt, zählt auf ihren eher soliden FPÖ-EU-Abgeordneten Andreas Mölzer, bringt aber auch den als Hardliner bekannten Parteisekretär Harald Vilimsky ins Spiel. Die Grünen verlassen sich auf Ulrike Lunacek, die nach Johannes Voggenhuber, der bei der Spitzenkandidatenkür unterlag, ins EU-Parlament einzog.

Brigitte Gappmair

EU-WAHL AM 25. MAI 2014

Um bei der EU-Wahl am 25. Mai antreten zu können, sind bundesweit 2.600 Unterstützungserklärungen erforderlich. Es reicht aber auch die Unterschrift von einem EU-Abgeordneten, eine Kandidatur ist auch möglich, wenn drei Nationalräte unterschreiben (das haben die Neos genützt). Gewählt wird das EU-Parlament – Österreich stellt 18 der insgesamt 754 EU-Abgeordneten.

NACH FUKUSHIMA

Strahlen-Meßkurs für Laien

Vor drei Jahren kam es in Fukushima zum atomaren Super-gau. Noch immer ist die radioaktive Strahlung alarmierend hoch, ganze Landstriche sind unbewohnbar, die Lebensmittel aus der Region verstrahlt. Bekannt gegeben werden aber nur offizielle Werte, die von vielen angezweifelt werden. Atomgegner bieten nun einen Crash-Kurs zur Strahlenmessung an, damit sich auch Laien kundig machen können.



Um zu verhindern, dass Regierung, Behörden und AKW-Betreiber in Japan das völlige Monopol an sich reißen und nur sie über Intensität und Ausbreitung der Radioaktivität informieren. Das Video kann auf der PLAGE-Homepage eingesehen werden, zu den Gestehungskosten fertigt die Salzburger Plattform gegen Atomgefahren (PLAGE) für Interessierte auch eine DVD davon an.

EIN FALL FÜR DEN SF-OMBUDSMANN

Kontokündigung nach Bankomatkartenverlust

Nach Bankomatkartendiebstahl verrechnete Bank widerrechtlich Sperrgebühren.

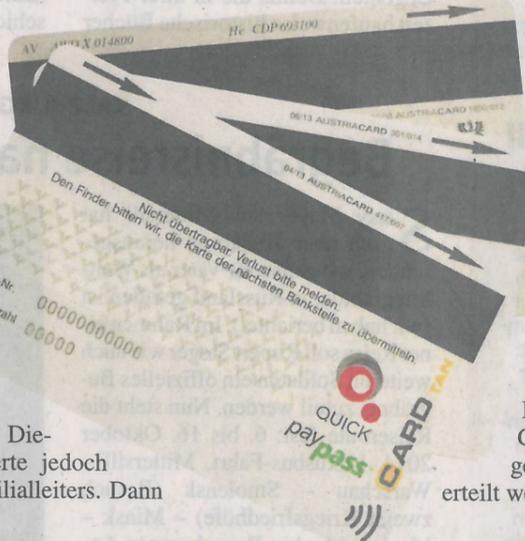
Nach Beschwerde wurde Konto gekündigt.

Am 14. Dezember wurde Frau H. aus Salzburg die Geldtasche gestohlen, in der sich drei Bankomatkarten befanden, welche auf Frau H. und auf ihre Tochter ausgestellt waren. Umgehend wurde von Frau H. die Sperre der Bankomatkarten veranlasst. Prompt folgte eine unangenehme Überraschung. Ein sogenannter Aufwandsersatz für die Kartensperre seitens der Bank wurde gleich vier Mal verrechnet, obwohl tatsächlich nur drei Karten entwendet wurden beziehungsweise zu sperren waren.

Allerdings ist seit dem Inkrafttreten des Zahlungsdienstgesetzes (ZaDiG) eine Sperrgebühr für die Bankomatkarte nicht mehr erlaubt, da die Sperre eine Nebenleistungspflicht des Zahlungsdienstleisters, also der

DER VERLUST VON BANKOMATKARTEN kann viel Ärger mit sich bringen. Sperrgebühren darf es aber keine geben. Foto: C. Archet

Rückerstattung und um die Vorgehensweise der Bank, versuchte Frau H. ein Gespräch mit dem ihr vertrauten Filialleiter zu führen. Dieses Vorhaben scheiterte jedoch am Zeitmangel des Filialleiters. Dann



folgte auch noch die Kündigung der Konten von Frau H. durch der Bank ohne jede Begründung. Auf SF-Nachfrage wurde mitgeteilt, dass es schon länger Schwierigkeiten mit Frau H. gäbe und weitere Informationen aus Gründen des Bankgeheimnisses nicht erteilt werden könnten.



SF-OMBUDSMANN

Wolfgang Saliger hilft

So erreichen Sie den SF-Ombudsmann: Salzburger Fenster, Berastraße 10, 5020 Salzburg

SF-OMBUDSMANN